

Beschluss der Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen 4./ 5. April 2003, Oschatz, E-Werk

Krieg ist nicht die Antwort

Erklärung der Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen verurteilen den völkerrechtswidrigen Krieg der USA und ihrer Verbündeter gegen den Irak auf das Schärfste. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Er ist in humaner, politischer und rechtlicher Hinsicht ein schwerer Fehler. Tag für Tag fordert er neue Opfer unter unschuldigen Kindern, Frauen und Männern, ständig wächst die Gefahr einer humanitären Katastrophe. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der Mehrheit der UNO eine politische Lösung eingeklagt und maßgeblich zum Widerstand gegen den Irak-Krieg beigetragen hat und dass sich Deutschland weder mit Soldaten noch durch Ausrüstung oder Geld daran beteiligt. Wir rufen dazu auf, weiterhin mit allen friedlichen Mittel gegen diesen Krieg zu protestieren und Widerstand zu leisten.

US-Präsident Bush hat mit seinem Alleingang an der Spitze der Willigen die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der Irak-Krise zerstört, die wir mit Millionen Menschen in der Welt geteilt haben. Sein Vorgehen ist nicht mit der UN-Charta zu vereinbaren und schädigt die Vereinten Nationen. Die neokonservative US-Administration ist dabei, Demokratie und Völkerrecht in das 19. Jahrhundert zurück zu bomben. Sie verrät damit auch die demokratischen Traditionen der USA, die Initiator von Völkerbund und UNO war. Zugleich verspielt sie die weltweite Solidarität nach dem 11. September.

Das Regime von Saddam Hussein ist eine brutale und menschenverachtende Diktatur. Saddam hat nicht nur nach Massenvernichtungswaffen gestrebt, sondern diese auch bereits gegen den iranischen Nachbarn und das eigene Volk eingesetzt. Das rechtfertigt jedoch nicht den Angriff auf den Irak, denn es gab eine realistische Alternative zum Krieg. Nachdem die UN-Waffeninspektoren bereits zwischen 1991 und 1998 den größten Teil der irakischen Massenvernichtungswaffen, Mittelstreckenraketen und Produktionsanlagen vernichtet hatten, haben sie seit Ende vergangenen Jahres weitere greifbare Fortschritte bei der Entwaffnung gemacht. Mit Hilfe eines dauerhaften Rüstungskontrollregimes hätte der Irak wirksam kontrolliert werden können.

Nachdem der Krieg nicht verhindert werden konnte, muss jetzt eine Politik der Schadensbegrenzung Priorität haben. Mit Sorge beobachten wir, wie berechtigt unsere Warnungen waren. Vielen Arabern gilt Saddam Hussein bereits jetzt als Held und Märtyrer. Jeder Kriegstag mit neuen Opfern und Zerstörungen schafft weiteren Nährboden, auf dem terroristische Ideologien gedeihen können. Verhinderung von Eskalation und regionaler Destabilisierung sind deshalb ebenso Aufgabe des Tages wie die Mobilisierung der humanitären Hilfe. Wir begrüßen es, dass die Haltung Frankreichs, Deutschland und der großen Mehrheit der europäischen Völker in der arabisch und islamisch

geprägten Welt ebenso Beachtung gefunden hat wie die Anti-Kriegs-Position des Papstes und der christlichen Kirchen. Das wirkt der Gefahr eines Kampfes der Kulturen entgegen, der die US-Regierung in verantwortungsloser Weise Nahrung verschafft.

Mehr und mehr trifft der Angriff die durch den vorangegangenen Golfkrieg und das Embargo schwer beschädigte zivile Infrastruktur und wird damit zum Krieg gegen das irakische Volk. Wir unterstützen die Bundesregierung darin, im Rahmen der internationalen Organisationen humanitäre Hilfe zu leisten. Nach dem Ende des Krieges tragen jedoch die USA und ihre Koalition der Willigen die Hauptverantwortung für die Beseitigung der Kriegsschäden. Eine über humanitäre Hilfe hinaus gehende Unterstützung ist nur vorstellbar, wenn der UN dabei die zentrale Rolle eingeräumt wird. Zugleich muss die USA ihre Sicherheitsstrategie revidieren. Es darf nicht der Fall eintreten, dass UN und EU den Irak wieder aufbauen, während die Bush-Administration den nächsten "Präventivkrieg" beginnt.

Die vorrangige politische Aufgabe dieser Zeit ist die Stärkung der UN. Eine friedliche Weltordnung kann nur entstehen, wenn sich alle Staaten der Erde unter das gemeinsam getragene Völkerrecht stellen und das Gewaltmonopol der UN akzeptieren. Die UN haben nicht versagt, nur weil die USA sich über sie hinweggesetzt haben. Im Gegenteil - die vergangenen Wochen und Monat haben bewiesen, dass es im Interesse einer kooperativen und multilateralen Weltordnung keine Alternative zur UNO gibt.

Die rot-grüne Bundesregierung hat wesentlich zur Bildung der internationalen Antikriegskoalition beigetragen. Gemeinsam mit Frankreich hat sie seit Anfang des Jahres sowohl klar gestellt, dass die Resolution 1441 des Sicherheitsrates keinen militärischen Angriff legitimiert als auch die Bestrebungen von Bush und Blair für eine Kriegsermächtigung scheitern lassen. Für diese eindeutige Haltung erklären wir der Bundesregierung unsere weitere Unterstützung. Wir begrüßen es, dass alle US-Anfragen zur direkten Beihilfe abgelehnt wurden. Die ABC-Spürpanzer und andere Einheiten dürfen nur im Rahmen ihres Mandates für Enduring Freedom eingesetzt werden. Der Auftrag für die AWACS-Besatzungen beschränkt sich auf die Luftraumaufklärung für das Bündnisgebiet. Wir unterstützen die Position des Sicherheitskabinetts, nach der ein Kriegseintritt der Türkei zum Abzug der deutschen Soldaten aus den NATO-AWACS-Flugzeugen führen wird.

Wir verstehen die Forderungen nach Verweigerung der Überflugrechte und der Nutzung militärischer Infrastruktur und halten sie für berechtigt. Unsere Sympathie und Unterstützung gilt den gewaltfreien Demonstrationen und Sitzblockaden vor britischen und US-amerikanischen Stützpunkten. Von der Bundesregierung erwarten wir jedoch eine Abwägung unter Beachtung der Bündnisverpflichtungen und aller politischer Konsequenzen. Die Sperrung von Überflugsrechten und Logistik würde den Krieg weder verhindern noch verkürzen. Eine solche Handlung würde jedoch von den kriegführenden Parteien als Bündnisbruch empfunden werden und die sicherheitspolitische Integration Europas mit den USA in Frage stellen. Wir stehen zum Koalitionsvertrag, nach dem transatlantisches Verhältnis und europäische Integration zu den Grundkonstanten deutscher Außenpolitik gehören. Außerdem ist es unumgänglich, die USA wieder in den Kreis der Völkergemeinschaft zu holen, so schwer das zur Zeit vorstellbar sein mag. Deshalb wäre es falsch, vorher alle Brücken abzurechen.

Die CDU/CSU hat sich unter der Führung von Angela Merkel in die Koalition der Kriegswilligen eingereiht. Sie war unfähig, eigenständige Friedenskonzepte zu entwickeln. Ohne Rücksicht auf christliche Friedensethik hat sich die Union für die bedingungslose Gefolgschaft zur Bush-Regierung entschieden. Wir kritisieren, dass auch Sachsens Ministerpräsident Milbradt nach langem

Schweigen jetzt mit verbrämenden Formulierungen den US-Krieg unterstützt und verstehen die Enttäuschung vieler Unionsanhänger angesichts des Kriegskurses der Parteiführung. Zugleich weisen wir alle Versuche von PDS und FDP zurück, mit demagogischen Strafanzeigen oder der Unterstellung von Rechtsunsicherheit ein billiges parteipolitisches Spiel zu betreiben.

In Deutschland ist in den vergangenen Wochen eine neue, breite und bunte Friedensbewegung gewachsen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen verstehen sich als Teil dieser Bewegung. Wir rufen dazu auf, die friedlichen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg zu verstärken und zugleich gegen die Vorbereitung weiterer Kriege zu protestieren. Auch in Aktionen zivilen Ungehorsams sehen wir eine angemessene Reaktion auf die kriegerische Eskalation im Irak. Mit unseren Protesten solidarisieren wir uns zugleich mit den amerikanischen Künstlern, Intellektuellen, Politikern und Friedensbewegten, die sich offen gegen den Kriegskurs ihrer derzeitigen Regierung stellen.

Als wichtiges und ermutigendes Zeichen sehen wir die große Zahl von Kindern und Jugendlichen, die das Frühjahr 2003 zu ihrem politischen Frühling machen. Mit ihrem Auflehnen gegen die Grausamkeit und Ungerechtigkeit des Irak-Krieges kämpfen sie zugleich gegen die Bedrohung ihrer eigenen Zukunft. Auch in ihrem Sinne erhalten wir unsere Hoffnung auf eine friedliche, gerechte und demokratische Welt aufrecht und überlassen diese nicht neokonservativen Ideologen und unchristlichen Kreuzrittern. Angesichts des Irak-Krieges verstärken wir unsere Anstrengungen, dass das 21. Jahrhundert nicht das Jahrhundert des 3. Weltkrieges, sondern das Jahrhundert der Durchsetzung einer Weltfriedensordnung wird.